

M ü n d l i c h e A n f r a g e 5 4 9 1

Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere für Senioren

Auszug aus dem Plenarprotokoll 5/113; S. 10841 – 10842

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Erhöhung der Verkehrssicherheit, insbesondere für Senioren

Innenminister Geibert äußerte im Jahr 2011, dass er die Verkehrssicherheit für Senioren „allumfassend analysieren“ und erhöhen wolle. Senioren hätten vor allem Probleme mit Vorfahrtsregeln und dem Abbiegen. Zusätzliche Prüfungen sowohl inhaltlicher als auch medizinischer Art lehnte er zu diesem Zeitpunkt ab. Im Jahr 2012 änderte er diese Meinung und sprach sich für Sehtests und Gesundheitschecks bei Menschen über 70 Jahren aus, um die Fahrsicherheit zu überprüfen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Anzahl der Unfälle mit Beteiligung von Senioren in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. Welche Ursachen für diese Entwicklung ergaben die Untersuchungen der Landesregierung?
3. Welche Gründe sprechen aus Sicht der Landesregierung für und welche gegen eine regelmäßige Eignungskontrolle von Führerscheinbesitzern und welche Schlüsse zieht sie daraus?
4. Teilt die Landesregierung die Einschätzung von Minister Geibert, dass regelmäßige Seh- und Gesundheitstests die Sicherheit auf den Thüringer Straßen erhöhen würden?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Innenministerium, Herr Staatssekretär Geibert. Entschuldigung, Rieder, aber Staatssekretär war noch richtig.

Rieder, Staatssekretär:

Herr Geibert war mal Staatssekretär. Alles hat ein Ende.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Auch Ihre Amtszeit?)

(Zwischenruf Abg. Ramelow, DIE LINKE: Auch die!)

Das trage ich mit Fassung.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Schubert beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Verkehrsteilnehmern ab 65 Jahren unter Einbeziehung der Bagatell-Unfälle liegt erst ab 2008 vor. Vom Jahr 2008 bis zum Jahr 2012 hat sich die Zahl von 7.409 Unfällen auf 8.331 Unfälle erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von 11,2 Prozent.

Zu Frage 2: Im Bundesgebiet gibt es verschiedene Untersuchungen, die geprüft haben, worin die Ursachen für diese Entwicklung liegen könnten. So hat beispielsweise die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Verkehrspolizeiliche Angelegenheiten“ die statistischen Zahlen für das gesamte Bundesgebiet ausgewertet. Danach liegt die Hauptursache für den Anstieg der Verkehrsunfälle unter Beteiligung der Verkehrsteilnehmer ab 65 Jahren in der demografischen Entwicklung, also in der höheren Zahl an Pkw-Besitzern der Altersgruppe ab 65 Jahren.

Zu Frage 3: Nach derzeitiger Erkenntnis rechtfertigen die relevanten unfallstatistischen Erhebungen keine allgemeine Altersbefristung der Fahrerlaubnis und keine generelle verdachtsfreie Pflichtuntersuchung. Zu den Zahlen im Einzelnen verweise ich auch auf die Antwort zur Kleinen Anfrage Nummer 1837 der Abgeordneten Schubert aus dem Jahr 2011.

Zu Frage 4: Nach wie vor hält die Landesregierung eine Pflichtuntersuchung von Verkehrsteilnehmern über 65 Jahren für nicht angezeigt. Dieser Ansicht ist auch Herr Innenminister Geibert. Sinnvoll sind jedoch ohne Frage freiwillige Untersuchungen nach Bedarf und Befinden der Betroffenen.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch die Fragestellerin.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Staatssekretär, da hat Herr Minister Geibert offensichtlich seine Meinung geändert? Weil, ich beziehe mich auf eine Aussage, in der es um verpflichtende Fahrttests geht bzw. es ging um Sehtests ab 70 Jahren.

Rieder, Staatssekretär:

Ich habe sie hier präzisiert.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch die Abgeordnete Frau Dr. Lukin.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Staatssekretär, könnten Sie die Auffassung der Deutschen Verkehrswacht teilen, dass mit dem Umtausch der Führerscheinpapiere ein möglicher Sehtest oder eine Gesundheitsuntersuchung eingeplant bzw. auch auf den Weg in die gesetzlichen Rahmenbedingungen gebracht werden könnte?

Rieder, Staatssekretär:

Ich habe ja eben zum Ausdruck gebracht, dass Pflichtuntersuchungen nicht für erforderlich gehalten werden, egal aus welchem Anlass.

Vizepräsident Gentzel:

Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Danke, Herr Staatssekretär. Oh, Entschuldigung. Frau Schubert bitte.

Abgeordnete Schubert, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Angesichts der steigenden Zahlen von Senioren und deren Beteiligung an Unfällen, Sie haben das ja unter 1 ausgeführt, was ist denn aus Ihrer Sicht notwendig, um die Verkehrssicherheit und damit auch den möglichst umfassenden Schutz anderer Verkehrsteilnehmer, ihres Lebens, zu fördern?

Rieder, Staatssekretär:

Hier gilt das, was für alle Verkehrsteilnehmer gilt, also der ständige Appell zum vorsichtigen Fahren; aber ich sehe keine Veranlassung, hier bestimmte Personengruppen besonders herauszupicken.